

matistisch geprägte symbolisch interaktionistische Rollentheorie bildet dazu den analytischen Rahmen.

2.2 Analytische Bezugspunkte: Die symbolisch interaktionistische Rollentheorie in der Außenpolitikforschung

In seinem Aufsatz *National Role Conceptions in the Study of Foreign Policy* nutzte Kalevi Holsti (1970) erstmals Rollen zur Analyse von Außenpolitik. Unter Rückgriff auf Regierungsdokumente von 71 Staaten, identifizierte er 17 verschiedene nationale Rollenkonzeptionen, die die Außenpolitiken erklären. In dieser Studie griff Holsti explizit Gedanken bereits erwähnter Pragmatisten (bspw. Dewey und Mead) auf und machte das Konzept der Rolle für die Analyse staatlichen Verhaltens nutzbar. In der Folge haben WissenschaftlerInnen immer wieder auf Rollen als analytische Konzepte zur Untersuchung staatlichen Verhaltens zurückgegriffen. Ohne einem methodologischen Individualismus das Wort zu reden, sei an dieser Stelle explizit darauf hingewiesen, dass der Pragmatismus zum Verständnis individuellen menschlichen Verhaltens angetreten ist. Die vorliegende Studie teilt die Überzeugung, dass letztlich nur Menschen Handlungsträgerschaft (Akteurschaft) zukommt. Wenn Individuen im Verbund agieren, wenn also von kollektiven Akteuren gesprochen wird, bezeichnet das aus pragmatistischer Perspektive eine Struktur kollektiven Handelns (Roos, 2010, S. 59). Daher ist es auch angemessen von Staaten bzw. sozial organisierten Gruppen als Rollenträgern zu sprechen (McCourt, 2014, S. 34-37). Damit wird auch der Kritik an der Rollentheorie begegnet, sie operiere mit einem unangemessenen menschlichen Analogieschluss (Harnisch, 2012a, S. 51).

Frühe Studien operierten dabei häufig mit einem analytischen Schwerpunkt auf den Ego-Teilen der Rollen und beleuchteten weniger die Interaktion und damit die Bedeutung signifikanter Anderer. Die Analyse von Regierungsdokumenten und die Verknüpfung mit dem außenpolitischen Verhalten bei Holsti steht exemplarisch für dieses Vorgehen. Aspekte symbolischer Interaktion rückten erst später in Rückbesinnung auf die theoretischen Ursprünge stärker in den wissenschaftlichen Fokus (Harnisch, 2012b, S. 7).

Nicht alle Studien, die zur Untersuchung von Außenpolitik auf die Rollentheorie zurückgegriffen haben, teilen die zuvor skizzierten wissenschaftstheoretischen Prämissen oder die Annahmen des Symbolischen Interaktionismus. Das Feld rollentheoretischer Untersuchungen umfasst verschiedene methodische Zugänge. Das Spektrum reicht dabei von interpretativen Studien bis zu quan-

tifizierenden, spieltheoretischen Analysen.¹⁰ Dementsprechend unterschiedlich sind auch die Einschätzungen kausaler oder konstitutiver Wirkungen materieller Faktoren auf Rollen. Während, wie häufig in den IB, die eher positivistischen US-amerikanischen WissenschaftlerInnen oft auf die materiellen Grundlagen von Rollen und deren kausale Wirkung verweisen, argumentieren europäische ForscherInnen dagegen häufiger im pragmatistischen Sinne für eine Interpretation von Rollen als Ausdruck handlungsleitender Überzeugungen und damit Gründen für Akteursverhalten (ebd.).¹¹ Auch wenn in frühen Studien die Alter-Teile von Rollen zugunsten der Ego-Parts (empirisch) vernachlässigt wurden, kann doch als verbindende Annahme aller RollentheoretikerInnen die Prämisse gelten, dass Rollen nicht ohne Bezug zu anderen (Gegen-)Rollen und damit zu Sozialstruktur gedacht werden können (ebd., S. 7).

Entsprechend der explizierten wissenschaftstheoretischen Grundlagen, orientiert sich die vorliegende Studie an der interpretativen Linie der Rollentheorie, die wesentliche Bezüge zum Symbolischen Interaktionismus von George Herbert Mead (1979) aufweist. Wie den bereits vorgestellten Pragmatisten, ging es auch Mead um das Verständnis menschlichen Handelns. Er verteidigte dabei die menschliche Freiheit gegen zwei aufkommende Denkschulen: Den Behaviorismus einerseits, der den Menschen letztlich als ein auf Reize nur reagierendes, von seiner Umwelt getriebenes Individuum sah und gegen die Psychoanalyse andererseits, die davon ausging, dass Verhaltensmuster bereits durch unbewusste frühkindliche Ereignisse festgelegt werden, die später nur noch leichte Abweichungen von einem dann perpetuierten Verhaltensrepertoire zulassen (Abels, 2010, S. 15f.). Auch Mead rekurriert unmittelbar auf die soziale Praxis und konzipiert den Menschen als praktisch handelndes und vernunftbegabtes Wesen. Da Mead selbst kein umfassendes Werk zu seiner Arbeit publiziert hat, wurden Teile der theoretischen Annahmen durch Herbert Blumer, einen Schüler Meads, später unter dem Rubrum *Symbolischer Interaktionismus* veröffentlicht (Blumer, 1986 [1969]). Wie der Name bereits offenbart, ist die symbolvermittelte Interaktion zentraler analytischer Bezugspunkt.

Aus dieser Perspektive erschließen AkteurInnen die Welt durch Interaktion und vermitteln Bedeutungen über (signifikante) Symbole (Mead, 1979). Herbert

10 Überblicke über unterschiedliche Strömungen der Rollentheorie in der Außenpolitikforschung bieten bspw. Harnisch (2018), Breuning (2017), Walker (2017) oder Thies (2010).

11 Stellvertretend für eine materiellere Orientierung kann auch Alexander Wendt interpretiert werden, wenn er konstatiert, dass nicht alle Akteure in gleichem Maße signifikant sind und dass deren Bedeutung etwa von Machtressourcen abhängig ist (Wendt, 1999, S. 327). Es ist unbestritten, dass Ressourcen durchaus die Übernahme bestimmter Rollen erleichtern, allerdings sind die materiellen Grundlagen nicht entscheidend. Aus symbolisch interaktionistischer Sicht ist die soziale Praxis also die entsprechende Bezugnahme in konkreten Handlungssituationen der entscheidende Gradmesser.

Blumer hat wesentliche Kerngedanken des Symbolischen Interaktionismus folgendermaßen formuliert:

»The first premise is that human beings act toward things on the basis of the meanings that the things have for them. [...] The second premise is that the meaning of such things is derived from, or arises out of, the social interaction that one has with one's fellows. [...]« (Blumer, 1986 [1969], S. 2)

Die konkrete Frage, die sich hieraus für diese Studie ergibt, ist: Welche Rollenkonstellationen prägen diesen Interaktionsprozess in der deutschen und britischen Cybersicherheitspolitik?

Durch Sprache und (signifikante) Symbole ist es Menschen möglich, sich selbst zu objektivieren und aus der Rolle des Anderen auf sich zurückzublicken (»taking the role of the other« (Mead, 1979, S. 254)). Die Möglichkeit, die Ego-Perspektive zumindest temporär zu verlassen und aus gesellschaftlicher Perspektive auf sich selbst Bezug zu nehmen, ist konstitutiv für die menschliche Sozialität. Erst mit der Einbindung in eine Gesellschaft und durch den Blick aus deren Perspektive, wird der Mensch zum Akteur, da er sich seiner selbst erst aus Perspektive des Anderen wirklich gewahr werden kann (ebd., S. 56). Rollen werden in dieser Untersuchung als soziale Positionen verstanden, die mit einer temporären Funktionsübernahme für eine soziale Gruppe verbunden sind. Rollen sind dabei bidirektional aufeinander bezogene relationale Konstrukte, die sich aus Eigen- (Ego) und Fremderwartungen (Alter) zusammensetzen (Harnisch, 2012b, S. 8). Die Annahme relationaler sozialer Konstitution ist dabei keine neue symbolisch-interaktionistische, sie findet sich mit Bezug zur Identitätsbildung bspw. bereits in Hegels Phänomenologie des Geistes (1989 [1807]).¹² Hegel beschreibt das dialektische Verhältnis von Herr- und Knechtschaft und konstatiert: »Das Selbstbewußtsein ist *an* und *für sich*, indem und dadurch, daß es für ein Anderes an und für sich ist; d. h. es ist nur als ein Anerkanntes [Hervorhebung im

12 Mitunter wurden die beiden Begriffe Identität und Rolle synonym verwendet. Die systematische Differenzierung zwischen beiden Konzepten hat in der Außenpolitikanalyse erst seit kurzem vermehrt akademische Aufmerksamkeit erfahren (Harnisch, 2018). Während Rollen auf Handeln in Gruppen ausgerichtet sind, bieten Identitäten AkteurInnen ein kohärentes Selbst, das auch zur Abgrenzung von Anderen dient (McCourt, 2012, 2014). Prinzipiell lässt sich festhalten, dass eine Rolle theoretisch ersatzlos aufgegeben werden kann, ohne dass die/der AkteurIn aufhört zu existieren. Eine Identität kann dagegen nur mit dem Auslöschen des Akteurs/der Akteurin verschwinden. Ferner kann ein/e AkteurIn problemlos mehrere Rollen in unterschiedlichen Handlungskontexten wahrnehmen. Ein/e AkteurIn verfügt dagegen nur über eine (wandelbare und ggf. vielschichtige) Identität, die ihm/ihr (selbst) seine Einzigartigkeit in Abgrenzung zu anderen garantiert.

Original; Anm. d. Verf.]« (Hegel, 1989 [1807], S. 145). Diese Annahme wird grundsätzlich auch von der Rollentheorie geteilt. Allerdings wahrt sie dem Individuum Gestaltungsfreiheit, sodass Gesellschaft das Individuum nicht determiniert.

Erst Rolle und komplementäre Gegenrolle führen zu einer stabilen sozialen Beziehung. Stabil ist in diesem Fall nicht als harmonisch oder friedvoll fehlzuinterpretieren, denn auch zwischen Feinden kann eine stabile (konfliktive) Beziehung bestehen, solange sich beide als Feinde betrachten und entsprechend handeln.¹³ Um den interaktiven Charakter besser zu illustrieren, soll das Verhältnis kurz am Beispiel des Beschützers (Rolle) und Beschützten (Gegenrolle) erläutert werden. Übernimmt ein/e AkteurIn in einer sozialen Gruppe die Rolle eines Beschützers, so ist sie/er darauf angewiesen, dass diese von den Beschützten durch die Einnahme der komplementären Gegenrolle(n) stabilisiert wird. Da die Beschützer-Rolle mit besonderen Funktionen und damit einhergehend Kompetenzen verbunden ist (bspw. dem Monopol auf legitime Gewaltanwendung zur Gefahrenabwehr), müssen diese ebenfalls in der Interaktion bestätigt werden. Warum die Gegenrolle akzeptiert wird, ist dabei zunächst unerheblich (bspw. aus Furcht vor Repression, wirtschaftlichem Interesse, Tradition oder Anerkennung der Legitimität), denn die Übernahme der Gegenrolle der Beschützten konstituiert soziale Wirklichkeit. Soziale Interaktion mit ihren konstitutiven Wirkungen bildet damit den Nukleus symbolisch interaktionistischer Rollentheorie. Durch diesen analytischen Fokus ist es der Rollentheorie möglich, auf tradierte Handlungslogiken zu verzichten. Die Gründe für eine Rollenübernahme können mannigfaltig sein. Im Gegensatz zu rationalistisch argumentierenden Theorien ist aber bspw. keine Interessenkonvergenz nötig, um stabile Rollenbeziehungen und damit Sozialstruktur zur Folge zu haben. An Stelle etablierter Handlungslogiken wie Angemessenheit, Argumentation oder Rationalität, die alle auf einen vor der Praxis liegenden Referenzpunkt rekurrieren, rückt die Logik der Interaktion als zentrales Moment. »Denn egal ob strategisch oder verständigungsorientiert gehandelt wird, nach außen ist beides Handeln nur Rollenhandeln [...]. Auch strategisches Verhalten hat soziale Folgen, und zwar für beide Interaktionspartner« (M.-O. Baumann, 2014, S. 55). Im Unterschied zu anderen rollentheoretischen Studien, analysieren pragmatistisch orientierte Untersuchungen daher die konstitutiven Effekte sozialer Interaktion und bspw. nicht »nur« ego-zentrierte Rollenkonzeptionen der Regierungen (McCourt, 2014, S. 13f.).

Aufgrund des Bezugs von Ego und Alter sowie der damit einhergehenden Rückbindung an resultierende Sozialstruktur, wurde von rollentheoretisch arbeitenden WissenschaftlerInnen immer wieder auf die besondere Position von Rollen zwischen AkteurInnen und Struktur hingewiesen. Ein analytischer Vorteil

13 Auch konfliktive Rollenkonstellationen können Erwartungssicherheit und damit ontologische Sicherheit bieten (s. Mitzen, 2006).

von Rollen, die damit theoretisch eine Scharnierposition zwischen AkteurInnen und Struktur einnehmen, liegt aus dieser Perspektive in der Überwindung eines Akteur-Struktur-Dualismus und damit in einer möglichen Verknüpfung der verschiedenen Forschungsperspektiven in Foreign Policy Analysis und IB (Cantir und Kaarbo, 2016b; Harnisch, 2018; C. G. Thies und Breuning, 2012; Walker, 2011). Dieser Aspekt soll an dieser Stelle kurz weiterverfolgt werden, da er auch bei der Diskussion der theoretischen Implikationen des Internets (einer globalen technischen (Infra-)Struktur) nochmals bedeutsam wird.

Wird in den IB das Verhältnis von Akteur und Struktur verhandelt – konkret: deren ko-konstitutive Beziehung – wird häufig auf die Strukturierungstheorie von Anthony Giddens (1984) zurückgegriffen; nicht zuletzt aufgrund des prominenten Bezugs bei Alexander Wendt (1999, S. 139-189). Ulrich Roos weist aber zurecht darauf hin, dass die Strukturierung prinzipiell nur langsame, inkrementelle Veränderungen zur Erklärung strukturellen Wandels anbietet und damit unmittelbar in Spannung zu pragmatistischen Annahmen steht, die das kreative Potenzial zur Problemlösung betonen, das menschlichen AkteurInnen eigen ist. Wenngleich Giddens Veränderungen von Überzeugungen für möglich hält, unterstellt er doch eine starke Tendenz zur Perpetuierung strukturerhaltender Verhaltensweisen (Roos, 2010, S. 54). Das für den Pragmatismus entscheidende Momentum kreativen Problemlösens, insbesondere in Situationen, die durch ein hohes Maß an Erwartungsunsicherheit geprägt sind, findet im engen Korsett der Strukturierung keinen substanziellen Entfaltungsraum. Das ist aus zwei Gründen problematisch: Erstens stellt sich die Frage nach der Freiheit, Handlungsträgerschaft und – damit verbunden – der (politischen) Verantwortung der AkteurInnen. Wenn Struktur eine Tendenz zur Selbsterhaltung aufweist, ist der Einfluss der Handelnden stark begrenzt und es bestehen kaum echte Alternativoptionen. Zweitens klammert die Strukturierung damit einen interaktionistischen Mechanismus für strukturellen Wandel aus, der nicht nur langsame und inkrementelle Veränderungen zulässt (s. hierzu M.-O. Baumann, 2014). Beide Probleme werden im Folgenden kurz diskutiert.

Theoretisch entscheidend ist in diesem Kontext der menschliche Umgang mit Unsicherheit. Menschen stehen in unbekanntem Handlungssituationen vor der Herausforderung kreativ zu agieren und Unsicherheit durch Praxis zu überwinden. Dieser Überwindungsprozess ist zentrales Motiv des Pragmatismus. Er findet sich in Deweys Differenzierung zwischen »determinate« und »indeterminate situations« (Dewey, 1938, S. 104-105) ebenso wie in Peirces' Prozess der »Inquiry« (Peirce, 1877). Um den Umgang mit einer durch Handlungsunsicherheit geprägten Situation darzustellen, etabliert Mead die Unterscheidung zwischen I und Me. Hierdurch veranschaulicht er die besondere Bedeutung menschlicher Kreativität im praktischen Handeln detaillierter als die beiden anderen Pragmatisten. Mead zerlegt das Selbst in zwei Teile oder Phasen, um diesen Prozess genauer darzu-

stellen. Dabei fungiert das I als kreativer und weitgehend eigenständiger Part, während das Me dagegen das bereits sozial verortete Selbst darstellt (Mead, 1979, S. 173-178 sowie 192-200). Situationen in denen das Meadsche I den Handelnden selbst überrascht und in diesem Zuge Handlungsunsicherheit überwindet, sind mit den Annahmen von Giddens kaum vereinbar. Es sind aber diese Situationen bzw. der Umgang mit ihnen, die den AkteurInnen sowohl ein substanzielles Maß an Freiheit als auch strukturelle Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen.

Sozialkonstruktivistischen Ansätzen in den IB wurde in diesem Kontext vorgeworfen, sie sprächen den AkteurInnen prinzipiell die Möglichkeit zu, sich Situationen voluntaristisch so zu denken, wie es ihnen beliebt und implizierten damit ein unangemessenes Maß von Freiheit. In Erwiderung wurde von SozialkonstruktivistInnen zurecht auf die Bedeutung der Intersubjektivität hingewiesen (Guzzini, 2000, S. 155). Da AkteurInnen stets in sozialen Kontexten handeln, sind sie darauf angewiesen, dass ihr Verhalten verstehbar oder anschlussfähig ist. Geht es um die Bedeutung einer geteilten Lebenswelt, kann mit Mead in diesem Kontext einerseits auf die Bedeutung intersubjektiv geteilter signifikanter Symbole verwiesen werden (Mead, 1979, S. 56, 89). Andererseits kann, setzt man keine geteilte Lebenswelt voraus, die Relationalität von Rolle und Gegenrolle bzw. die sozialstrukturelle Anschlussfähigkeit in diesem Kontext sogar als doppelte Intersubjektivitätsbedingung interpretiert werden. Mead erhält Freiheit der AkteurInnen daher maßgeblich durch die Unterscheidung zwischen I und Me. »It is because of the ›I‹ that we say that we are never fully aware of what we are, that we surprise ourselves by our own action« (ebd., S. 174). Menschen sind dazu in der Lage sich selbst zu überraschen, das I ist dabei für den Handelnden nie vollständig vorhersehbar. Auch wenn Situationen häufig geprobt wurden, besteht doch immer die Möglichkeit, aus bestehenden Mustern auszubrechen (ebd., S. 177 f.). Dieses unkalkulierbare Potenzial, in Verbindung mit der reflexiven Intelligenz, die es ermöglicht unterschiedliche Handlungsmöglichkeiten auszuleuchten, erlaubt es Menschen zwischen Handlungsoptionen abzuwägen und sich dabei selbst zu überraschen (ebd., S. 243). Die Rollentheorie in symbolisch interaktionistischer Lesart bietet AkteurInnen dadurch nicht nur die Möglichkeit passiv strukturell vorgegebene Rollen zu übernehmen (role taking), sondern kreativ neue Rollen zu entwerfen (role making) und so, wenn diese neuen Rollen durch komplementäre Gegenrollen bestätigt werden, konstitutiv neue soziale Ordnung zu schaffen (Harnisch, 2012a). Die pragmatistische Rollentheorie von Mead steht daher auch einer substantialistischen (bzw. strukturell-funktionalistischen) von Talcott Parsons vertretenen Interpretation von Rollen entgegen, wonach diese strukturbedingt bereits vor den AkteurInnen bestehen und quasi nur noch übernommen werden müssen (McCourt, 2014, S. 21f.).

Damit bietet die Rollentheorie den AkteurInnen eine substanzielle Freiheit unter der auch ein gehaltvolles Verständnis von (politischer) Verantwortlichkeit

möglich wird und zwar ohne Strukturbedingungen Relevanz abzusprechen.¹⁴ Im Gegenteil: Erst durch die Einbindung in eine Sozialstruktur kann der Mensch überhaupt zur/zum AkteurIn werden. Sozialer Bezug ermöglicht Individuen erst sich selbst als AkteurInnen zu begreifen, da sie sich in die Rolle der Anderen versetzen und so auf sich zurückblicken können. Durch Handlungen in der Gesellschaft und insbesondere durch das kreativ schaffende Potenzial des I können AkteurInnen aber auch Sozialstruktur verändern: »The ›I‹ is the response of the individual to the attitude of the community as this appears in his own experience. His response to that organized attitude in turn changes it« (Mead, 1979, S. 196).

Auch wenn AkteurInnen mit Strukturbedingungen konfrontiert sind, die sie nicht selbst geschaffen haben, lässt sich durch eine Rückbindung der Sozialstruktur an menschliches Handeln doch verdeutlichen, dass Struktur selbst keine aktive Handlungsträgerschaft besitzt, sondern wie eine Reflexion zurückliegendes menschliches Handeln widerspiegelt und so auf aktuell wie zukünftig Handelnde wirkt. Durch die Möglichkeiten des I wird struktureller Wandel nicht nur langfristig und in inkrementellen Schritten möglich, sondern kann theoretisch auch rascher erfolgen. Schnellere strukturelle Veränderungen sind aber abhängig von komplementärer Gegenrollenübernahme durch signifikante Andere. Konkret bedeutet das, schneller struktureller Wandel ist davon abhängig, dass er von anderen AkteurInnen in der Interaktion affirmiert wird (M.-O. Baumann, 2014). Damit

14 An dieser Stelle soll nicht in die Untiefen philosophischer Debatten zu Willensfreiheit und Determinismus hinabgestiegen werden. Es ist allerdings erkennbar, dass Mead die AkteurInnen nicht durch strukturelle Einflüsse determiniert sieht (Baldwin, 1988). Diese Annahme findet sich, zumeist zwar nur implizit, bei europäischen VertreterInnen der Rollentheorie, die Rollen als »reasons for action« verstehen (Harnisch, 2012b, S. 7). Die philosophische Frage, inwiefern zwischen Gründen frei entschieden werden kann, ob ein freier Wille im Wortsinne überhaupt wünschenswert sein kann bzw. ob es nicht ausreichend für einen substanziellen Freiheitsbegriff ist, von einem Prinzip alternativer Handlungsmöglichkeiten auszugehen, soll an dieser Stelle nicht weiter verfolgt werden (eine Einführung in diese Fragen bietet bspw. Schälike (2010)). Nach wie vor wird über das Spannungsfeld zwischen wissenschaftlichen Zielen im Sinne der Naturwissenschaften und der Analyse menschlichen Verhaltens debattiert: »For example, the debate over whether or not we can develop a science of human conduct and society can be linked to issues of free will, since science's goals of prediction and control are not appropriate if people have free will« (Baldwin, 1988, S. 153f.). Ob dieses Spannungsverhältnis besteht, hängt aber auch maßgeblich von der Definition von Erklärung ab. Während einige WissenschaftlerInnen die substanzielle Unterscheidung zwischen Erklären und Verstehen aufrecht erhalten und argumentieren, dass menschliches Verhalten nur von innen verstanden und nicht von außen (kausal) erklärt werden kann (Hollis und Smith, 1990), haben PragmatistInnen für ein »weiches« Verständnis von Erklärung plädiert, das keine abstrakten, naturgesetzähnlichen Regelmäßigkeiten postuliert und keine Ursachen angibt, die die Handelnden selbst nicht verstehen würden (McCourt, 2014, S. 49f.).

ist bereits deutlich, dass Struktur bzw. Strukturveränderungen Resultat menschlichen Handelns sind. Zwar handeln AkteurInnen unter Strukturbedingungen, die sie nicht frei gewählt haben und die sie mit unterschiedlich widerständigen Handlungskorridoren konfrontieren. Dennoch sind Struktur und deren Veränderungen aus dieser Perspektive Resultat menschlicher Interaktion und nicht unabhängig wirkende Ursachen für menschliches Verhalten. »Wäre dem nicht so, würde den Ideen der Handlungsfreiheit und der Verantwortung für das eigene Tun die Grundlage entzogen werden. Dann wäre alles Handeln ein von der Mode gelenktes bloßes Verhalten« (Roos, 2010, S. 74). Durch die Rückbindung von Rollen bzw. menschlichem Handeln an Struktur, wird deutlich, dass Strukturen keine aktive verursachende Wirkung zukommt. Strukturen sind Ergebnis menschlicher Handlungen – dies inkludiert sowohl deren intendierte als auch unintendierte Folgen – als solche beeinflussen sie in reflektierender Wechselwirkung wiederum AkteurInnen. Das ko-konstitutive Verhältnis wird dadurch nicht aufgelöst. Aktiv wirkt aber immer menschliche Handlung: »It is the social process in group life that creates and upholds the rules, not the rules that create and uphold group life« (Blumer, 1986 [1969], S. 19).

Mit Blick auf den kreativen Umgang mit Handlungsunsicherheit, ist ein emergentes Politikfeld wie die Cybersicherheitspolitik ein rollentheoretisch interessanter Untersuchungsgegenstand. Dies gilt insbesondere auch mit Blick auf andere sozialkonstruktivistische Theorien, die eine Logik der Angemessenheit vertreten, da in diesem neuen Feld noch keine Überzeugung besteht, welche Normen gelten und was angemessenes Verhalten darstellt. Es fehlt also die Bemessungsgrundlage, die Orientierung bieten könnte. Die Akteure können zwar auf tradierte Handlungsrepertoires zurückgreifen oder etablierte Akteure adressieren, inwiefern diese Referenzen von signifikanten Anderen akzeptiert werden, ist aber zunächst schwer antizipierbar. In der Cybersicherheitspolitik etablieren die Akteure durch Interaktion eine (für diesen Kontext) »neue« Sozialstruktur, die erst dann verlässlichere Handlungsorientierung im Sinne einer Routinesituation bieten kann, sobald sie eine gewisse »Dichte« erreicht hat. Staatliche Bestrebungen, bspw. Standards angemessenen Verhaltens (Normen) aus anderen Politikfeldern in Analogie auf das neue Handlungsfeld zu übertragen, sind Ausdruck des Bemühens, bestehende Handlungsunsicherheiten zu überwinden. Da der Cyberspace die Staaten aber zumindest teilweise vor neue Probleme stellt, ist die Anwendbarkeit vieler Analogien zwischen den Akteuren umstritten. Es dauerte fast 20 Jahre bis sich Staaten einig waren, dass die grundlegendste aller internationalen Handlungsregeln (die Charta der Vereinten Nationen) auf den Cyberspace übertragbar ist (UN, 2013, S. 8). Wobei es sogar bei der weiteren Explikation dieser basalen Regeln zu erheblichem Dissens bspw. mit Blick auf das Selbstverteidigungsrecht kam, sodass der Prozess zur Normbildung auf Ebene der Vereinten Nationen

zumindest vorerst erheblich ins Stocken geraten, wenn nicht gar gescheitert ist (Schmitt und Vihul, 2017; Segal, 2017; Soesanto und D’Incau, 2017).

Mit den Worten Wendts kann diese Situation als »first encounter« – ein erstes Aufeinandertreffen der Akteure in einem spezifischen Handlungskontext – bezeichnet werden (1999, S. 108). Auch wenn in einer, bereits vor der globalen Öffnung des Internets, weitgehend globalisierten Welt sicher nicht mehr von einem buchstäblichen ersten Aufeinandertreffen verschiedener Akteure gesprochen werden kann, so scheint das Bestandsrepertoire kontext-erprobter Handlungsrou-tinen doch so »dünn«, dass im pragmatistischen Sinn von einer »indeterminate situation« (Dewey, 1938, S. 105) auszugehen ist. Sicherheitspolitische Erwägungen und entsprechende Praktiken der Staaten mit Bezug zum Internet begannen erst Mitte bzw. Ende der 1990er Jahre. In dieser Zeit trafen die Akteure (sowohl Staaten als auch nichtstaatliche Akteure) erstmals in diesem Handlungskontext aufeinander.

Zwei Einflüsse können aus rollentheoretischer Perspektive dabei die Praktiken der Staaten prägen: Das historische Selbst (welche tradierten Handlungsmuster können und sollen auf den Cyberspace übertragen werden) sowie die Interaktion mit unterschiedlichen signifikanten Anderen (wer sind die Interaktionspartner).

Das historische Selbst bietet AkteurInnen einen Orientierungspunkt zur Gestaltung des eigenen Handelns unter Rückgriff auf die eigenen Erfahrungen, da es die Erfahrungen zurückliegender Interaktionen abbildet. Um zu entscheiden, wie eine Rolle konkret gestaltet werden soll, können AkteurInnen Bezug auf ihre positiven oder negativen historischen Erfahrungen nehmen, wobei diese unterschiedlich weit in der Vergangenheit liegen können. Mead diskutiert diese Möglichkeit der Selbstobjektivierung über den Erfahrungshorizont unter anderem mit dem Hinweis darauf, dass die Erfahrungsbestände nicht für alle Zeit fixiert sind, sondern dass es vielmehr möglich ist (insbesondere negative) Erfahrungen zurückzulassen. Die historischen Selbstbilder sind somit kein unverrückbarer Referenzpunkt, der sich AkteurInnen in ähnlichen Handlungssituationen stets aufzwingt, sondern wandelbare und überwindbare Orientierungsmarken, die angewendet werden können, aber nicht müssen. Die Referenz muss daher für jeden Handlungskontext und in jeder praktischen Situation erneut aktualisiert werden (Mead, 1979, S. 143, 171). Aus Perspektive der Außenpolitikforschung wurde in diesem Kontext bspw. argumentiert, dass die Rolle der Volksrepublik China wesentlich vom historischen Bezugspunkt (bspw. Opfer kolonialer Aggression) abhängt (Harnisch, 2016). Die Cybersicherheitspolitiken der beiden Untersuchungsstaaten sind daher möglicherweise beeinflusst von unterschiedlichen sicherheitspolitischen Vorerfahrungen bzw. Selbstbildern, die sowohl domestische als auch internationale Erfahrungen widerspiegeln. Der deutschen Außenpolitik wurde etwa attestiert dem Idealtypus der Zivilmacht besonders nahe zu kommen. Sie zeichnet sich demnach, aufgrund der expliziten Abgrenzung zum negativen

historischen Selbst – der NS-Diktatur – durch eine Präferenz für multilaterales Handeln, eine Bereitschaft zum Souveränitätstransfer und eine Akzeptanz umfassender Normen auch bei kurzfristig entgegenstehenden nationalen Interessen aus (Frenkler u. a., 1997; Harnisch und H. Maull, 2001; H. W. Maull, 2007, 1990/91). Die britische Außenpolitik ist dagegen durch einen weitreichenden Gestaltungsanspruch geprägt, der sich nicht zuletzt aus dem historischen Erbe des Commonwealth und der englischen Sprachfamilie ableitet. Besondere Bekanntheit erlangte die Vorstellung der britischen Einflusssphäre, die Winston Churchill in einer Rede 1948 vorstellte. In dieser identifizierte der Premierminister drei wesentliche Bezugspunkte für die britische Außenpolitik: das Commonwealth, die englischsprachige Welt sowie ein vereintes Europa.¹⁵ Die britische Außenpolitik ist damit durch einen umfassenderen Gestaltungsanspruch geprägt. Obwohl auch Großbritannien in der jüngeren Vergangenheit außenpolitisch negative Erfahrungen gemacht hat (bspw. die Suezkrise 1956), gibt es kein starkes negatives Selbst, sondern eine besondere Betonung der besonderen Beziehungen zu den USA. Nicht zuletzt hierdurch sind auch die Mittel zur Zielerreichung robuster (Cornish, 2013; Gaskarth, 2014, 2016; Gilmore, 2015). Wenn in diesem Kontext im Folgenden von positiven oder negativen historischen Selbstbildern die Rede ist, bezieht sich diese wertende Einschätzung stets auf die Beurteilung durch die Exekutiven. Sie lassen keine feste Zuschreibung von Wirkrichtungen zu. So können negative historische Selbstbilder sowohl beschränkend als auch katalytisch auf die Beschützer-Rollen wirken. Ein Beispiel hierfür sind die negativen Selbstbilder des NS-Regimes in Deutschland oder als Terroropfer im Vereinigten Königreich. Beide werden von den Regierungen negativ beurteilt, es wird also versucht, eine ähnliche Erfahrung in der Zukunft zu vermeiden und die Politiken entsprechend zu gestalten. Im Falle Deutschlands wirkt dieses negative historische Selbst beschränkend auf die Beschützer-Rolle, da die Kompetenzen der Sicherheitsbehörden kritisch gesehen werden. In Großbritannien wirkt das negative Selbst katalytisch auf die Beschützer-Rolle, da erneute Terroranschläge vermieden werden sollen und die Sicherheitsbehörden weniger als Gefahr gesehen werden.

Es ist daher zu untersuchen, inwiefern historische Selbstbezüge in der Cybersicherheitspolitik auftauchen und ob sie akzeptiert oder verworfen werden. Da mit dem Cyberspace ein neuer Handlungsraum entstanden ist, ist es durchaus möglich, dass tradierte Handlungsweisen infrage gestellt und historische Verweise abgelehnt oder erst gar nicht aufgeworfen werden.

Referenzen zu unterschiedlichen signifikanten Anderen können ferner die Cybersicherheitspolitiken der Untersuchungsstaaten beeinflussen. Wie bereits expliziert sind signifikante Andere der zentrale Bezugspunkt von Rollen. Durch die Übernahme komplementärer Gegenrollen entscheiden sie über die resultierende

15 Zitiert nach Avi Shlaim (1975).

Sozialstruktur. Mead unterscheidet zwischen signifikanten Anderen, also besonders relevanten EinzelakteurInnen, organisierten Anderen (bspw. internationale Organisationen) und einem generalisierten Anderen (bspw. die internationale Staatengemeinschaft) (Mead, 1979, S. 152-163, 265). Da Rollen sowohl von Eigens als auch Fremderwartungen geprägt sind, können sie auf unterschiedliche signifikante Andere referenzieren und aufgrund divergierender sozialer Anschlussfähigkeit auch zu unterschiedlichen Praktiken führen. Eine besonders umfassende Interpretation der Beschützer-Rolle kann bspw. in einer sozialen Gruppe A akzeptiert werden, während die gleiche Rolle für eine andere Gruppe B nicht akzeptabel wäre. RollentheoretikerInnen haben in diesem Kontext unterschiedliche kausale und konstitutive Mechanismen identifiziert, wie AkteurInnen in Interaktion Rollen verändern: bspw. Lernen, Imitation, Emulation, Sozialisation, Altercasting oder Rollenkonflikte (Harnisch, 2012a,b; Jönsson, 1984; Malici, 2006; Turner, 1990).

Ein weiterer Mechanismus der Rollenwandel ermöglicht und erst in den letzten Jahren in den Fokus der wissenschaftlichen Betrachtung gerückt ist, sind domestische Prozesse der Rollenkontestation (*role contestation*) (Cantir und Kaarbo, 2012, 2016a).¹⁶ RollentheoretikerInnen haben in diesem Kontext die lange Zeit

16 Dieser neue Ansatz führt aber auch dazu, dass etablierte Konzepte, wie Rollenkonflikte problematischer werden. Der theoretische Umgang mit Rollenkonflikten variiert in verschiedenen Studien deutlich. Das hat zur Folge, dass die Grenzlinien zwischen verschiedenen Konzepten mitunter verschwimmen (Harnisch, 2018). Ferner wurde mit der Rollenkontestation ein Analysekonzept eingeführt, das explizit auf die domestischen Prozesse in Staaten ausgerichtet ist und teilweise sehr nahe an Rollenkonflikte heranreicht. In beiden Fällen werden Rollen problematisch, da sie mit Widerständen konfrontiert werden. TheoretikerInnen, die sich mit Rollenkonflikten befasst haben, argumentieren dabei zumeist unter der Annahme unitarischer Akteure, die sich entweder mit gegenläufigen Fremderwartungen konfrontiert sehen oder die versuchen verschiedene Rollen (oder Rollenelemente – *intra-role conflict*) zu übernehmen, die zumindest in Teilen inkompatibel sind. Das Konzept der Rollenkontestation gibt die Annahme unitarischer staatlicher Akteure auf und geht davon aus, dass Rollen innerstaatlich in verschiedenen Konstellationen umstritten sein können (Cantir und Kaarbo, 2016b, S. 5f.). Vergleicht man die beiden Konzepte aus dieser Perspektive, so scheint es einen konzeptionellen Unterschied zwischen Rollenkonflikt und Rollenkontestation zu geben. Sie ergibt sich daraus, dass die Rollen durch externe Andere oder durch domestische Akteure herausgefordert werden. Da Rollen keine Handlungsträgerschaft zukommt, ist stets ein Akteur erforderlich, der einen solchen Konflikt sozial aktualisiert. In dem Zuge, in dem man die Annahme unitarischer staatlicher AkteurInnen aufgibt und die domestische Ebene erschließt, ist auch immer ein Handelnder benennbar (das gilt auch für *intra*-Rollenkonflikte). Damit fällt auch die Annahme, dass es einheitlichen Akteuren gewahrt wird, dass ein Rollenkonflikt vorliegt. Mit anderen Worten die Wurzeln der Rollentheorie und die Anthropomorphisierung des Staates öffnet hier eine Lücke. Dies wird spätestens dann klar, wenn man versucht, im gedanklichen Umkehrschluss, das für Staaten entwickelte Konzept der Rollenkontestation auf ein menschliches Individuum zu übertragen. Ohne eine dissoziative Persönlichkeitsstörung zu unterstellen, scheint das undenkbar. Diese konzeptionelle Nähe führt un-

als Black-Box behandelte domestische Sphäre geöffnet und die Annahme aufgegeben, Staaten seien unitarische Akteure, in denen Rollen unwidersprochen geteilt würden. Die vorliegende Studie greift die bisherigen Ansätze zur domestischen Herausforderung von Rollen auf und entwickelt diese weiter, um auf diesem Weg eine rollentheoretische Möglichkeit zur Analyse der Interaktion zwischen Innen- und Außenpolitik zu entwerfen, die ferner auch nichtstaatliche Akteure integriert.

Dies ist nicht nur im Sinne einer Theorieentwicklung wünschenswert, sondern darüber hinaus im Bereich der Cybersicherheitspolitik auch empirisch geboten. Denn erstens hat kaum ein Phänomen die Trennung zwischen Innen- und Außenpolitik derart herausgefordert wie das Internet, das durch seine globale Infrastruktur neue Kommunikations- und Handlungsräume schafft. Aus sicherheitspolitischer Warte ermöglicht das Netz Angriffe über Staatsgrenzen hinweg, wodurch geografische Entfernungen ihre Relevanz verlieren (Cairncross, 2001). Die physische Erreichbarkeit eines Zieles ist damit nicht mehr ausschlaggebend. Stattdessen geht es um die potenzielle Verwundbarkeit aufgrund verwendeter Systeme. Ferner ist die Verfolgung der AngreiferInnen im Internet besonders schwierig, da eine zweifelsfreie Attribution durch technische Beweise aufgrund der globalen Architektur und deren gezielten (Aus)Nutzung durch AngreiferInnen erschwert wird. AngreiferInnen können so auch aus dem Innern agieren, für ihre Angriffe aber externe Infrastrukturen nutzen und so den Eindruck eines Angriffes von außen erwecken. Zweitens stellt das Internet die Handlungsfähigkeit der Nationalstaaten grundlegend infrage. Da zentrale Infrastrukturen des Netzes nicht in staatlicher Hand sind, fordert der neue Handlungsraum die Akteure nicht nur entlang der Trennlinie innen-außen heraus, sondern erfordert zudem die Beachtung nichtstaatlicher Akteure, die gesellschaftlich besonders relevante – IT-Versorgung ermöglichende oder IT-abhängige – Infrastrukturen betreiben (bspw. Internetknoten oder die Energieversorgung). Gefahren aus dem Cyberspace stellen Unternehmen dabei vor besondere Herausforderungen. Denn einerseits fehlen häufig wirtschaftliche Anreize, ein hohes Maß an Sicherheit zu gewährleisten. Andererseits ist die Gefahrenlage im Cyberspace teilweise brisanter. Solange es primär um die Gewährleistung physischer Integrität industrieller Anlagen ging, konnten Unternehmen durch eigene – oder teilweise auch durch staatlich vorgeschriebene – Maßnahmen (Werksschutz, etc.) die Risiken soweit reduzieren, dass dies auch aus staatlicher Perspektive akzeptabel war. Im Cyberspace hingegen kann es vorkommen, dass Betreiber kritischer Infrastrukturen mit Angriffen staatlicher Akteure konfrontiert werden, die potenziell einen ungleich größeren Aufwand für Angriffe auf sich nehmen können. In Analogie illustriert bedeutet

ter anderem dazu, dass die Trennlinie zwischen Rollenkonflikt und -kontestation in Studien leicht verwischt (Cantir und Kaarbo, 2012; Pelletier und Massie, 2017).

das konkret: Wenn staatliche AngreiferInnen physisch vor den Toren eines Atomkraftwerkes stehen, hat der Staat bereits bei der Wahrung territorialer Integrität versagt. Aufgrund der Globalität des Internets ist diese direkte Konfrontation auch ohne das Aushebeln einer vorgelagerten staatlichen Schutzinstanz (der territorialen Grenze) möglich. Ob und wie dieser neue entgrenzte Handlungsraum genutzt wird, hängt dabei von der interaktiven Bedeutungszuweisung, also den Rollen, ab. Durch sie kann auch die territoriale Ordnung im Cyberspace reifiziert werden, das kann der Fall sein, wenn bspw. tradierte Vorstellungen nationaler Souveränität auf das Netz übertragen werden.

2.3 Rollentheorie zwischen Innen- und Außenpolitik: Ein rollentheoretisches Zwei-Ebenen-Spiel

Die Trennung zwischen Innen- und Außenpolitik ist nicht erst durch die aufkommende Verbreitung digitaler Massenkommunikation herausgefordert worden. Auch Phänomene wie der Klimawandel oder die grenzübergreifende Verbreitung von Krankheiten haben die analytische Trennung problematischer werden lassen. Die vergleichende Außenpolitikforschung ist daher immer stärker dazu übergegangen, interne und externe Faktoren mehr und mehr zusammenzudenken (s. bspw. Beasley, 2013). Das Verhältnis von Innen- und Außenpolitik wurde aber auch schon zuvor aus verschiedenen theoretischen Perspektiven analysiert (Schultz, 2013).

Aus neorealistischer Perspektive wurde die Bedeutung der Innenpolitik zu meist entweder negiert, marginalisiert oder, sofern anerkannt, deren Einfluss negativ bewertet. Ein Argument, das von RealistInnen in diesem Kontext angeführt wird, beruht auf der Annahme, dass die Exekutive mit dem nationalen (Sicherheits)Interesse ein Gut verfolgt, das die Interessen aller domestischen Akteure transzendiert und über das die Regierung, aufgrund ihres privilegierten Informationszugangs, relativ exklusiv verfügt. Die Erfordernisse einer potenziell stets feindseligen anarchischen Umwelt offenbaren sich aus dieser Perspektive unmittelbar nur der Regierung. Nach einer Phase der Ausklammerung innenpolitischer Einflüsse, hat die realistische Denkschule mit aufkommendem neoklassischen Realismus domestische Faktoren zwar als intervenierende Variablen aufgenommen, die die langfristigen Wirkungen des internationalen Systems, zumindest kurzfristig, beeinflussen können (Rose, 1998; Taliaferro, Lobell und Ripsman, 2009):¹⁷

17 Diese konzeptionelle Öffnung ist es auch, die Valerie Hudson (2014, S. 206) zur Feststellung kommen lässt: »neoclassical realists are doing foreign policy analysis.«